



# Die Woche in Düsseldorf KW 46-2024

### Meine Themen in dieser Woche

- # Jugendhilfe: Land unterstützt Kreisjugendamt mit 6.731.721,35 Euro
- # Jugend-Landtag: Lea Höwekamp nahm Platz von Klaus Voussem ein
- # Bürokratieabbau: Landesregierung beschließt umfangreiches Paket
- # Jugendrat Zülpich besucht Klaus Voussem im Landtag

#### Landtagsbüro

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf Tel.: 0211 / 884 25 44 Fax: 0211 / 884 33 07

#### Wahlkreisbüro

An der Vogelrute 9 53879 Euskirchen Tel.: 02251 / 886 79 90 Fax: 02251 / 866 79 92

#### Kontakt

klaus.voussem@landtag.nrw.de www.klaus-voussem.de facebook.com/klaus.voussem twitter.com/voussem

### **#Voussems Vorwort**

Waren die Ereignisse der vergangenen zwei Wochen eine Zeitenwende? Erst mit etwas Abstand wird man sagen können, was die Auswirkungen der erneuten Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und der KO der Ampel in Berlin für uns in Deutschland sind. Fest steht, dass beide Ereignisse Schockwellen in den politischen Betrieb gesandt haben. In einer Aktuellen Stunde



Mittwoch habe ich zum Verhältnis von NRW zu den USA bereits Stellung bezogen und auf unsere guten Partnerschaften verwiesen. Zudem sind die USA unser wichtigster Handelspartner außerhalb Europas.

Das Aus der Ampel-Regierung in Berlin kam dagegen nicht mehr überraschend, es war lange überfällig. Deutschland braucht endlich einen Neuanfang, um auf die zahlreichen Herausforderungen eine Antwort zu geben. Denn die Krisen dieser Welt warten nicht auf uns, bis wir uns politisch sortiert haben. Mit Friedrich Merz haben wir einen starken Kanzlerkandidaten, der Deutschland als Kanzler sicher durch diese Krisenherde führen würde. Daher freue ich mich auf die Neuwahlen, vermutlich am 23. Februar 2025.

Beste Grüße,

lhr

Klaus Voussem MdL

Thistown

### **#Jugendhilfe: Land unterstützt Kreisjugendamt mit 6.731.721,35 Euro**

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Kommunen insgesamt eine Milliarde Euro als Ausgleichszahlung für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zugesagt. Das teilten die zuständigen Ministerien und die kommunalen Spitzenverbände jetzt mit. Der Belastungsausgleich Jugendhilfe soll dazu dienen, den örtlichen Trägern die Ausbau und Betrieb notwendigen Kosten für den der U3-Betreuung Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege zu erstatten. Die Mittel ergänzen die geleisteten oder eingeplanten Zahlungen des Landes für August 2021 bis Juli 2026. Auch die Jugendhilfe des Kreises Euskirchen profitiert davon.

Dazu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Voussem: "Wir befinden uns in schwierigen Zeiten: Die Kassen, auch die des Landes, sind knapp. Deshalb ist es wichtig, dass wir die richtigen Prioritäten setzen. Für uns stehen Kinder und Jugendliche, Familie und Bildung an erster Stelle. Und wir stehen fest an der Seite der Kommunen.

Die Überprüfung des Belastungsausgleichs Jugendhilfe war dennoch eine große Herausforderung. Am Ende eines langwierigen und anspruchsvollen Prozesses zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden des Landes zahlt das Land trotz nicht endgültiger Einigung – davon profitiert auch der Kreis Euskirchen und erhält eine zusätzliche Zahlung in Höhe von 6.731.721,35 Euro.

Uns ist wichtig, dass die Kommunen das Geld nun zeitnah erhalten. Das sichert nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern auch den so wichtigen Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder in unseren Kommunen."

### **Hintergrund:**

Das Land Nordrhein-Westfalen muss den Jugendämtern als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Ausgaben für die Bereitstellung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in der Kindertagesbetreuung erstatten. Hierzu überprüft das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration alle fünf Jahre den Belastungsausgleich Jugendhilfe und passt ihn – falls erforderlich – an.

-3-

### #Jugend-Landtag: Lea Höwekamp nahm Platz von Klaus Voussem ein

Debattieren, überzeugen und abstimmen: Die Abgeordneten im Landtag von Nordrhein-Westfalen tauschten letzte Woche für drei Tage ihre Plätze mit jungen Menschen aus ihren Wahlkreisen. Für den Euskirchener Abgeordneten Klaus Voussem nahm die 19-jährige Studentin Lea Höwekamp aus Nettersheim für drei Tage seinen Platz im Landtag ein. Beim Jugendlandtag lernten fast 200 Schüler und Studenten im Alter von 16 bis 20 Jahren den politischen Alltag im Parlament kennen. Sie simulierten Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen, berieten über gesellschaftliche Themen und hörten Sachverständige an.

Für die Plenarsitzung am Samstag, dem Höhepunkt des Jugendlandtags, hatten sich die Jugendlichen zwei Tage lang vorbereitet: Sie informierten sich in Anhörungen bei Sachverständigen, stimmten Positionen in ihren Fraktionen ab und berieten die Anträge

in Ausschüssen. Zu Beginn wurde in einer Aktuellen Stunde über Extremismus auf Social Media diskutiert. Nach einer intensiven dreistündigen Plenarsitzung verabschiedeten die jungen Abgeordneten mehrheitlich Anträge zur Förderung der mentalen Gesundheit sowie zu einem stärkeren Fokus auf Wirtschaftsthemen im Schulunterricht.

Für Lea Höwekamp war der Jugendlandtag eine große Bereicherung: "Der Jugendlandtag war für mich eine schöne Gelegenheit, um Menschen in meinem Alter zu treffen, die sich auch für Politik interessieren und engagieren. Mein persönliches Highlight war die Plenarsitzung, wo die vielfältigen Standpunkte diskutiert wurden."

Beim Parlamentsabend mit Aktivitäten wie Kicker, Tischtennis, Air Hockey und Darts



Die 19-jährige Lea Höwekamp nahm auf Einladung von Klaus Voussem am Jugendlandtag 2024 teil. Foto: Lukas Schulte / Büro Klaus Voussem MdL

konnten die Teilnehmenden und die Mitglieder des Landtags informell ins Gespräch kommen und sich besser kennenlernen und sich mit der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Dr. Barbara Dauner-Lieb, austauschen.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, begrüßte die Beratungen des Jugendlandtags. Kuper: "Fast 200 junge Menschen haben drei Tage lang Demokratie live erlebt. Der Landtag nimmt die Jugendlichen ernst."

Klaus Voussem ergänzte: "Mit dem Beschluss des Jugendlandtags wird sich der Hauptausschuss des Landtags befassen. Drei Tage im Parlament sind eine intensive Erfahrung und macht die jungen Menschen zu Botschafterinnen und Botschaftern für Demokratie, die heute umso nötiger gebraucht werden."

### Hintergrund:

Der erste Jugendlandtag fand im Jahr 2008 statt. Über 2.500 Jugendliche haben an den bisherigen Jugendlandtagen teilgenommen. Besonders häufig waren Schulpolitik, der öffentliche Nahverkehr sowie die Digitalisierung Themen der Anträge.

## #Bürokratieabbau: Landesregierung beschließt umfangreiches Paket

Um der in den letzten Jahren angestiegenen Komplexität staatlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren zu begegnen, hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich in ihrer Kabinettsitzung am 12. November 2024 auf ein umfangreiches Entbürokratisierungs- und Beschleunigungspaket verständigt. Ziel ist es, die Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und auch den Bürgerinnen und Bürgern einen effektiveren und transparenteren Verwaltungsapparat zu bieten. Hauptziele des Pakets sind die Verschlankung und Beschleunigung von Verfahren durch den Abbau bürokratischer Hürden. Bereits zuvor war die Landesregierung im Bund-Länder-Kreis treibende Kraft beim Abschluss des Pakets für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung mit der Bundesregierung.

Klaus Voussem: "Die Landesregierung hat sich beim Bund hartnäckig für einen echten Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung stark gemacht. Bei der Umsetzung des Pakts gehen wir in NRW voran und haben bereits knapp 40 Prozent der vorgesehenen Landesmaßnahmen umgesetzt. Mit dem heute beschlossenen, zusätzlichen Paket handeln wir beherzt und in eigener Zuständigkeit, um weitere bürokratische Lasten abzubauen. Durch die vielen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie wollen wir es unseren Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land leichter machen. Es ist das umfangreichste Paket zum Abbau von Bürokratie seit vielen Jahren. Schnelle Planungen und Genehmigungen sind eine

Grundvoraussetzung für gute Standortbedingungen und damit für Investitionen. Dieses Paket leistet dazu einen erheblichen Beitrag."

Mit dem beschlossenen Paket werden ressortübergreifend Maßnahmen zur Entlastung von bürokratischen Regeln und zur Beschleunigung von Genehmigungen und Planungen auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen erfordern keine zusätzlichen öffentlichen Mittel, sondern tragen im Gegenteil dazu bei, Kosten einzusparen. Hierzu werden Potenziale in allen Bereichen der Zuständigkeit der Landesregierung gehoben, etwa bei der Beschleunigung von Vergabeverfahren, dem Ausbau digitaler Formate und Plattformen oder durch eine Initiative zur Verbesserung von Genehmigungsverfahren für eine klimaneutrale Industrie. Zudem hat das Landeskabinett beschlossen, weitere Maßnahmen zu prüfen und in einem nächsten Schritt zu beschließen.

Die Bestandteile des Pakets im Einzelnen:

### • Streichung von Berichtspflichten

Mit der Überprüfung und Streichung von Berichtspflichten der Wirtschaft gegenüber Landesbehörden wird ein wesentlicher Faktor der hohen Bürokratiekosten in den Fokus genommen. Im engen Schulterschluss mit Wirtschaftsverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und Gewerkschaften wurden Berichtspflichten identifiziert, die reduziert, modifiziert oder abgeschafft werden können. Abgeschafft werden z.B. Meldungen von Unternehmen im Rahmen der Tierseuchenfrüherkennung oder aufwendige Nachweise in Bezug auf EU-Förderungen.

Zudem hat die Landesregierung einen Prozess gestartet, um auch die verwaltungsinternen Berichtspflichten auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu wird sie sich eng mit den nachgeordneten Behörden des Landes abstimmen, da diese die Änderungen in der Praxis umzusetzen haben.

### • Wegfall von Schriftformerfordernissen

Zukünftig gilt eine "Beweislastumkehr": Es muss positiv begründet werden, ob die Schriftform weiterhin erforderlich ist. Ansonsten wird das Erfordernis aufgehoben.

#### • Beschleunigung und Entlastung von Genehmigungsverfahren

Die Landesregierung beschleunigt und entlastet zahlreiche Genehmigungsverfahren von unnötigen Hemmnissen. Dies betrifft eine umfassende Änderung des Straßen- und Wegegesetzes, die Bündelung der Zuständigkeiten für Anlagen der Stromübertragung und -umwandlung, die

erweiterte Genehmigungsfreistellung im Bereich Elektromobilität, eine kostenlose Wegfall Bereitstellung von Daten für Planverfahren, den des Widerspruchsverfahrens bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren sowie den Einsatz des Instruments der Allgemeinverfügung.

### • Schnelle Genehmigung – Vorbild Windenergie (Best Practice)

Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Spitzenreiter beim Ausbau der Windenergie. Um optimale Bedingungen für die Errichtung neuer Windenergieanlagen zu schaffen, wurden Planungs- und Vollzugshilfen für Behörden erstellt bzw. verbessert, Genehmigungsverfahren standardisiert und die Verfügbarkeit ausreichender Flächen sichergestellt.

Diese Beschleunigungserfolge wird die Landesregierung von Windenergieanlagen auf weitere Vorhaben im Anwendungsbereich des Bundesimmissionsschutzgesetzes erstrecken. Weitere Übertragungsmöglichkeiten werden geprüft.

#### Praxis-Checks

Bei der Erarbeitung neuer Rechtsetzungsvorhaben werden Praxis-Checks durchgeführt, die insbesondere die Perspektive der Bezirksregierungen als Genehmigungsbehörden und der Unternehmen als Antragsteller einbeziehen, nicht zuletzt um den Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung umzusetzen.

### • Interne Prozessoptimierungen

Die Landesregierung setzt sich verwaltungsinterne Vorgaben zur weiteren Optimierung von Rechtsetzung, etwa bei Aufnahme konkreter Prüfpunkte einer 1:1-Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben. Ferner wird strukturiert geprüft, ob bei Verfahren Fristverkürzungen, Genehmigungsfreistellungen oder Genehmigungsfiktionen vorgenommen werden können. Gesetze und Verordnungen werden strikt auf Digitalisierungspotentiale geprüft

### • Einführung "One in – one out"

Um das Wachstum bürokratischer Belastungen auf Landesebene zu stoppen, soll eine Bürokratiebremse nach dem Modell "One in – one out" in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden.

### Befristungsmanagement

Das Befristungsmanagement, das ursprünglich mit dem Ziel des Bürokratieabbaus eingeführt wurde, hat sich als nicht zielführend und letztendlich selbst als bürokratischer Hemmschuh erwiesen. Die Landesregierung verzichtet deswegen fortan hierauf. Stattdessen wird die Landesregierung jede Regelung im Einzelfall auf ihre Erforderlichkeit und ihren Inhalt hin auf den Prüfstand stellen.

- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für Schwerlast- und Großraumtransporte
- Ausbau und Erweiterung digitaler Formate und Plattformen zur Bündelung von Genehmigungsprozessen (z.B. im Bereich Stromtrassengenehmigungen)
- Initiative zur Verbesserung von Genehmigungsverfahren für eine klimaneutrale Industrietransformation
- Vereinfachungen im Landesnaturschutzgesetz NRW werden auf den Weg gebracht.
- Umsetzung BImSchG-Novelle: Spielräume im Vollzug nutzen
  Hierzu wurden Vollzugshilfen zur rechtssicheren Umsetzung der BImSchG-Novelle erarbeitet.

•	Beschieunigung von Vergabeverfahren

# #Jugendrat Zülpich besucht Klaus Voussem im Landtag

Vor Kurzem empfing der heimische Landtagsabgeordnete Klaus Voussem Mitglieder des Jugendrats und Mitglieder Jugendzentrums Sajus aus Zülpich in Begleitung der Leiterin Susanne Gutzeit im Landtag Nordrhein-Westfalens. Ganz nach dem Motto "Das Landesparlament selbst erleben" hatten die Kinder und Jugendlichen die Gelegenheit, einen halben Tag lang den Parlamentsalltag miterleben zu dürfen und die Möglichkeit Einblicke in die politischen Prozesse und Entscheidungswege des Landtages zu gewinnen. Der Besuch startete mit einem Informationsgespräch des Besucherdienst, wo die Jugendlichen einen Einblick in die parlamentarische Arbeit erhielten. Danach konnten die Besucher eine Stunde lang die Plenardebatte verfolgen. Der Besucherdienst des Landtags begleitete die Gruppe und erklärte die Abläufe des politischen Betriebs.

Klaus Voussem, Abgeordneter der CDU, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Hauptausschusses im Landtag, nutzte die Gelegenheit, um den Schülerinnen und Schülern seinen Arbeitsalltag als Abgeordneter zu erläutern. Dabei

ging er insbesondere auf seine Arbeit im Hauptausschuss ein und schilderte, wie politische Entscheidungen in diesem Bereich getroffen werden. Hier konnte Klaus Voussem den Schülerinnen und Schülern besondere Einblicke geben.

Die Schüler nutzten die Gelegenheit, ihre Anliegen und Fragen direkt an ihren Landtagsabgeordneten richten. In zu einer offenen Diskussion tauschten sich die engagierten jungen Besucher mit dem Abgeordneten auch über aktuelle politische Krisen. wie den Ukrainekrieg. aus. Dabei gab Klaus



Voussem Einblicke in die Herausforderungen, mit denen die Politik derzeit konfrontiert ist, und betonte die Bedeutung des Dialogs mit der jungen Generation. "Für mich ist es von enormer Bedeutung, den jungen Menschen zu zeigen, wie politische Entscheidungen getroffen werden und welche Auswirkungen sie haben können", betonte der Landtagsabgeordnete. "Die Abläufe hier bei uns im Parlament legen den demokratischen Baustein für die wichtigen politischen Entscheidungen der Zukunft. Ich erhoffe mir, dass ich in den jungen Menschen das Interesse für die Demokratie weiter stärken konnte, da die Zukunft in den Händen der Jugend liegt."

Der Besuch bot den jungen Menschen eine wertvolle Möglichkeit, Politik hautnah zu erleben und mit einer erfahrenen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Anschließend bedankten sich die Besucher für den gelungenen Besuch und Austausch. Zum Abschluss gab es noch Kuchen und Getränke im Landtagsrestaurant.

-9-